

Sozialpolitischer Forderungskatalog des Sozialverbands VdK Hessen-Thüringen

An die Landesregierungen und
Landtage in Hessen und Thüringen

23. Ordentlicher
Landesverbandstag
6.–7. Juli 2023

Zusammenfassung:
Das Wichtigste in 14 Punkten



SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG
NUR ZUSAMMEN SIND WIR STARK

Zusammenfassung: Das Wichtigste in 14 Punkten

Deutschland ist ein wohlhabendes Land, dennoch wächst auch hierzulande die Armut – bundesweit ebenso wie in Hessen und Thüringen. Immer mehr Menschen können die steigenden Kosten für Miete, Strom oder gesunde Lebensmittel nicht mehr bezahlen und sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Zugleich sorgt die zunehmende soziale Ungleichheit für eine Verstärkung der gesellschaftlichen Spaltung. In dieser Situation sind die Sicherung des sozialen Zusammenhalts sowie die bewusste Rückbesinnung auf das Sozialstaatsprinzip und die staatliche Daseinsvorsorge wichtiger denn je. Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung für die Gestaltung einer sozialen Infrastruktur wieder stärker bewusst werden. Sie müssen eine aktive Rolle dabei übernehmen, im Rahmen der Daseinsfürsorge die Güter und Leistungen bereitzustellen, die Bürgerinnen und Bürger benötigen. Eine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben sollte gestoppt werden und stattdessen – wo es möglich und sinnvoll ist – eine Kommunalisierung beziehungsweise Rekommunalisierung erfolgen. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, müssen die Kommunen finanziell entsprechend besser ausgestattet werden. Hierfür sind in erster Linie die Länder verantwortlich.

Der VdK Hessen-Thüringen fordert daher:

- 1. Pflegende Angehörige stärken:** Das bestehende Beratungsangebot muss dringend durch den Ausbau der Pflegestützpunkte sowie deren Umgestaltung zu Pflegekompetenzzentren verbessert werden. Die Beratung sollte als „aufsuchende Beratung“ erfolgen, mit dem Ziel einer stetigen Begleitung durch eine fachkundige Ansprechperson während der gesamten Pflegezeit. Zudem erforderlich ist die zügige Erweiterung der Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, insbesondere in Form von mehr Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätzen. Darüber hinaus müssen vorhandene Angebote besser vernetzt werden. Eine integrierte Alten- und Pflegeplanung muss grundsätzlich eine verbindliche Aufgabe der Kommunen werden, die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind von den Ländern sicherzustellen.
- 2. Stationäre Pflege verbessern – zu bezahlbaren Kosten:** Das zum 1. Juli 2023 bundesweit in Kraft tretende neue Personalbemessungsverfahren zur bedarfsgerechten Personalausstattung in vollstationären Pflegeeinrichtungen muss zügig umgesetzt werden. Die Länder müssen ihrer Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionskosten nachkommen, die Vorhaltung von mehr Kurzzeitpflegeplätzen muss finanziert werden. Zudem muss der Mangel an Pflege- und Betreuungsplätzen für junge Menschen mit Pflegebedarf beseitigt werden.
- 3. Berufung von Pflegebevollmächtigten in den Bundesländern:** In jedem Bundesland und damit auch in Hessen und Thüringen sollten hauptamtliche Pflegebevollmächtigte als Interessenvertretung der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen sowie aller in der Pflege Tätigen eingesetzt werden.

- 4. Sicherstellung der medizinischen Versorgung vor allem im ländlichen Raum:**
Die Bedarfsplanung von Arztsitzen muss kleinteiliger und ausgeglichener erfolgen, ein entscheidender Aspekt muss die barrierefreie Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sein. Hausbesuchsangebote sind auszubauen. Der Aufbau nicht investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ist voranzutreiben, zudem sollte das Recht von Kommunen zur Übernahme von MVZs weiter gestärkt werden. Der Einsatz von Gemeindepflegern und Gemeindepflegerinnen sollte erweitert und dauerhaft gefördert werden.
- 5. Fachkräftemangel in allen sozialen Berufen bekämpfen, insbesondere im Pflege- und Gesundheitsbereich:** Im Rahmen gezielter Programme müssen vor allem durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Personalschlüssels und der Bezahlung Fachkräfte gewonnen werden. Dabei ist insbesondere die Rückkehr von Fachkräften im Gesundheitswesen in ihren Beruf zu fördern.
- 6. Gewinnmaximierung im Pflege und Gesundheitsbereich einschränken:**
Die zunehmende Ökonomisierung im Gesundheits- und Pflegesektor insbesondere durch Private Equity Gesellschaften, die auch Medizinische Versorgungszentren umfasst, darf nicht weiter ungebremst voranschreiten. Im Vordergrund muss immer das Wohl der Patienten und Patientinnen und nicht die Gewinnmaximierung stehen. In diesem Sinne ist die Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen voranzutreiben. Dies betrifft auch Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser.
- 7. Inklusion in allen Lebensbereichen voranbringen:** Soziale Teilhabe muss als eine umfassende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention müssen Barrierefreiheit und eine inklusive Gestaltung in allen Bereichen des Alltagslebens wie Beruf, Schule, Kultur und Freizeit endlich umgesetzt werden.
- 8. Bezahlbaren Wohnraum schaffen:** Durch höhere Quoten für geförderten Wohnungsbau, Verlängerung der Sozialbindung und Ausbau der öffentlichen Förderung müssen deutlich mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Außerdem müssen kommunale und landeseigene Wohnungsunternehmen verstärkt gefördert und das Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen verlängert werden.
- 9. Bauen nur noch barrierefrei:** Durch Änderung der Bauordnungen in Hessen und Thüringen sollen Neubauten grundsätzlich nur noch barrierefrei errichtet werden können. Darüber hinaus ist eine angemessene Anzahl an rollstuhlgerechten Wohnungen und der Ausbau von Fördermöglichkeiten für den barrierefreien Umbau von bestehendem Wohnraum erforderlich. Die Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau sind massiv aufzustocken. Gesundheitseinrichtungen wie Arztpraxen müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet werden. Dazu sind ebenfalls höhere Fördermittel notwendig.

- 10. Bezahlbaren und barrierefreien ÖPNV schaffen:** Der ÖPNV muss mit mehr Landesmitteln umfassend ausgebaut werden, insbesondere auf dem Land. Alle Bahnhöfe, Stationen und auch Bushaltestellen sind zügig barrierefrei zu gestalten. Zusätzlich erforderlich ist ein Sozialticket für einkommensschwache Personen, welches bundesweit gültig ist.
- 11. Gleichstellung von Männern und Frauen umsetzen:** Die Umsetzung gleicher Rechte für Männer und Frauen ist voranzutreiben. Dies betrifft unter anderem die Förderung der Entgeltgleichheit, aber auch die paritätische Besetzung von Vorstandspositionen – sowohl in der Wirtschaft, in Organisationen als auch auf ehrenamtlicher Ebene.
- 12. Bildungs- und Teilhabechancen stärken:** Alle Kinder und Jugendlichen müssen die gleichen Chancen auf Bildung haben. Dafür erforderlich sind ein flächendeckendes Betreuungs- und Bildungsangebot an den Schulen sowie erweiterte Hilfsangebote für die Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule, beim Wechsel auf höhere Schulen und nach dem Schulabschluss. Die Schulsozialarbeit ist auszubauen.
- 13. Armut bekämpfen:** Es bedarf umfassender Aktionspläne und Maßnahmenpakete zur Bekämpfung von Armut sowie einer besseren handlungsorientierten Sozialberichterstattung. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse von Gruppen zu berücksichtigen, die in hohem Maße von Armut betroffenen sind. Dazu gehören beispielsweise ältere Menschen, Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende.
- 14. Stärkung des ehrenamtlichen Engagements:** Die Ausübung ehrenamtlicher Funktionen muss besser unterstützt und gefördert werden. In diesem Sinne sollte dringend eine Entbürokratisierung erfolgen, unter anderem in Hinblick auf versicherungs- und steuerrechtliche Regelungen. Außerdem notwendig sind verständliche Vorgaben und Informationen zum Ehrenamt.

SOZIALVERBAND

VdK

HESSEN-THÜRINGEN



Herausgeber

Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle

Gärtnerweg 3

60322 Frankfurt am Main

sozialpolitik.ht@vdk.de

www.vdk.de/hessen-thueringen

Den vollständigen Katalog
können Sie sich mit diesem
Code herunterladen:



SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG
NUR ZUSAMMEN SIND WIR STARK